

Mr. and Mrs. Europe

Macron und Merkel stehen vor wichtigen Aufgaben in Europa

Von Oliver Philipp*



Die Aufbruchstimmung nach Emmanuel Macrons Grundsatzrede zu Europa war groß und die Liste der Ideen, die Deutschland und Frankreich anpacken sollten, lang. Doch welche Themen beschäftigen das deutsch-französische Tandem derzeit wirklich?

„Die deutsch-französische Freundschaft ist ein Fundament der Europäischen Integration und zugleich untrennbar mit dieser verwoben“. So steht es in der gemeinsamen Erklärung der deutschen und französischen Abgeordneten zum neuen Elysée-Vertrag, die zum 55. Jahrestag der Vertragsunterzeichnung in beiden Parlamenten verabschiedet wurde. Das Signal, das von diesem symbolischen Akt ausgehen soll, ist deutlich: Herausforderungen gemeinsam begegnen, im reichen und fruchtbaren Dialog, und Europa zusammen einen neuen Impuls verleihen.

So formulierte es Emmanuel Macron in seinem viel beachteten Vortrag an der Pariser Sorbonne-Universität im September 2017. Die Antwort auf die Frage, wie dieser deutsch-französische Impuls aussehen soll, lieferte der französische Präsident gleich mit. Denn die Erneuerung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages war nur einer von mehreren Vorschlägen, die Macron in seiner Rede mit dem passenden Arbeitstitel „Initiative für Europa“ präsentierte. Mit Reformvorschlägen für die Europäische Union in Bereichen wie Migration, Sicherheit und Verteidigung sowie Wirtschaft und Finanzen erklärte Macron seine Vision vom Europa von Morgen und nahm Deutschland in die Pflicht. Doch wie verhält sich Deutschland zu seinen Visionen?

Macron preschte mit Ideen nach vorne, die viele Europapolitiker in Brüssel seit langem in ihren Schubladen bereithalten. Es fielen Begriffe wie europäische Armee, europäische Asylbehörde, EU-weite Finanztransaktionssteuer oder Euro-Finanzminister. Die meisten dieser Ideen sind nicht neu. Neu war jedoch, dass ein Staatschef, gegen alle

Meinungstrends, als Lösung für die Krise in Europa mehr Europa fordert. Und auch Deutschland befürwortet viele dieser Ideen. So ist im Koalitionsvertrag festgehalten, Schritte auf dem Weg zur „Armee der Europäer“ tun zu wollen und auch bei einer europäischen Erstaufnahmestelle für Asylbewerber kommen die Interessen beider Länder zusammen. Ähnlich harmonisch verhält es sich mit einer Steuer auf Börsengeschäfte in allen EU-Mitgliedstaaten, für die sich Berlin und Paris schon seit längerem auf europäischer Ebene einsetzen.

Ein enormes Spannungspotential haben dagegen Macrons Forderungen nach einer Vertiefung der Währungsunion. Die Eurozone soll ein eigenes Budget erhalten, über das ein Euro-Finanzminister wachen soll, sowie eine Einlagensicherung bei Banken ohne vorherige Risikominimierung. Deutschland plädiert jedoch dafür, zusätzliches Geld solle in der EU nur nach Einsparungen ausgeben werden. Und auch in Sachen Eurobonds bleibt Deutschland sich in seiner Argumentation treu. Eine gemeinsame Verschuldung und ein gemeinsames Zinsniveau wären schädlich. Mittlerweile stellt Deutschland sogar die Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus und der Bankenunion in Frage.

Das zeige, dass Deutschland ein minimalistisches Europa anstrebe, das an zwischenstaatliche disziplinarische Mechanismen gebunden ist, die von den wohlhabendsten Ländern konzipiert werden, analysiert Zaki Laïdi von der Science Po Paris die deutsche Position. Die Eurokrise ist zurück – auch das wird Europa fordern – diesmal in Italien, wo die Märkte nach der Bildung einer europa-

* Oliver Philipp arbeitet für das Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

feindlichen Regierung bereits schon jetzt nervös reagieren. Die Rendite für zweijährige italienische Staatsanleihen ist fast wieder auf dem Niveau zu Krisenzeiten von 2012, die Börsenkurse fallen und der Euro verliert deutlich gegenüber anderen Währungen. Dies könnte die Diskussionen um Macrons Forderung nach Eurobonds wieder anheizen. Fraglich bleibt, ob Macron diese neuaufrückkommende Debatte nutzen kann. Merkel scheint sich dem großen Druck aus der eigenen Fraktion, durch Äußerungen wie von CSU-Landesgruppenchef Dobrindt („Ich habe überhaupt keine Veranlassung, Macrons persönliche Glücksgefühle zu meinem politischen Programm zu machen“), zu beugen. Hinzu kommt, dass die Fünf-Sterne-Bewegung und Lega Nord sich mit ihren Vorhaben auf klaren Konfrontationskurs zur „deutschen“ Austeritätspolitik begeben. Dass insbesondere für Deutschland und Frankreich unbestimmte Zeiten bevorstehen, in denen man zusammenstehen müsste, machte die Aussage von Lega-Chef Salvini deutlich, der klarstellte „Wir sind nicht die Sklaven der Deutschen oder Franzosen“.

Doch es scheint tatsächlich, als würden die großen Fragen zur Erneuerung der EU aus Macrons Sorbonne-Rede erst einmal pragmatischeren Themen weichen. Zum Beispiel wieviel Geld den EU-Mitgliedstaaten für Gemeinschaftsaufgaben zur Verfügung steht und für welche Politikbereiche es ausgegeben werden soll. Die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2019 – 2024 gestalten sich schwierig und der Vorschlag der Europäischen Kommission ruft sowohl Deutschland als auch Frankreich auf den Plan. Die Etatserhöhung, insbesondere für den Schutz der europäischen Außengrenzen oder Verteidigung wäre für Deutschland gleichbedeutend mit zusätzlichen Ausgaben von 12 Milliarden Euro pro Jahr, davon alleine circa vier Milliarden Euro, um die „Brexit-Lücke“ zu schließen. In einer gemeinsamen Erklärung von Bundesaußenminister Maas und Bundesfinanzminister Scholz erklärten sie die grundsätzliche deutsche Bereitschaft, „für eine Stärkung der Europäischen Union Verantwortung zu übernehmen“, nannten als Voraussetzung hierfür jedoch eine „faire Lastenteilung aller Mitgliedstaaten“. Dabei ist es wichtig, zeitnah eine Einigung zu erzielen. Eine mögliche Verschiebung

der Machtverhältnisse im Europäischen Parlament durch die Europawahlen alarmiert Paris und Berlin gleichermaßen. Die politischen Trends in den Mitgliedstaaten, jüngstes Beispiel Italien, deuten darauf hin, dass rechtspopulistische und EU-kritische Bewegungen ihre Präsenz im Europaparlament weiter ausbauen werden, wohingegen sogenannte Traditionsparteien der EVP- und S&D-Fraktion mit weiteren Verlusten rechnen müssen. Möglich wäre auch die Neugründung einer Fraktion der Befürworter einer nationalstaatlichen Union und Gegner weiterer europäischer Vertiefungen mit unter anderem der österreichischen FPÖ, der polnischen PiS und der ungarischen Fidesz-Partei. Ein solcher Gegenspieler könnte die Umsetzung deutsch-französischer Vorhaben in der EU erschweren.

Allerdings dürften in diesem Zusammenhang Deutschland und Frankreich derzeit andere Fragen mehr beschäftigen: Wer wird neuer EU-Kommissionspräsident und wie wird dieser bestimmt? Der derzeitige Präsident, Jean-Claude Juncker von der EVP-Fraktion, ist nicht unumstritten, da er einigen, unter anderem Deutschland, als zu politisch gilt. Würde das Wahlverfahren von 2014 wiederholt werden, das vorsieht, dass die stärkste Fraktion den Präsidenten stellt, hätte die fraktionslose Bewegung En Marche keinen Einfluss auf den Präsidentschaftskandidaten. Auf der anderen Seite könnte die EVP-Fraktion den Kommissionspräsidenten auf Jahre stellen oder es besteht auch die Gefahr eines EU-kritischen Präsidenten.

Auch diese Entscheidung dürfte zu einer Machtprobe werden. Dabei ist die Liste der drängenden globalen Herausforderungen, die eine gemeinsame deutsch-französische Dynamik dringend brauchen, lang: die Veränderungen durch den technologischen Fortschritt, der Klimawandel, die Beziehungen zu den USA, Russland, China oder Türkei. Die EU braucht Deutschland und Frankreich, um Europa zukunftsfähig zu gestalten, die Eurozone zu stabilisieren und eine Spaltung von Innen durch EU-kritische Bewegungen zu verhindern. Die Gefahr, die großen Visionen aus den Augen zu verlieren und sich im Vorfeld der Europawahl dem Kleinklein hinzugeben, ist groß.